

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128

Zum 9. November

Mit fraglicher Wucht lastet auf dem deutschen Volke der Fluch des Weltkriegs, in den uns eine großwahnwitzige Kaste der Gewalt Herrschaft mit lahm den Götterdienern Mammons gekürzt hatte. Die offizielle Macht der ersten wurde zwar in den Novembertagen des Jahres 1918 von ihren Thronen gelagt; aber es blieb uns verlag, gleichzeitig auch die Macht der privatkapitalistischen Herrschaft zu brechen. Kühner und rücksichtsloser als je zuvor erheben deren „Kapitäne“ ihr Haupt und suchen die deutsche Arbeiterschaft nur noch fetter in das Loch ihrer Profügler zu spannen. Die Revolution hat ihr Leben geschenkt, weil die deutsche Arbeiterschaft von Natur aus friedlicher und menschlicher ist, als ihre ehemaligen militärischen Unterdrücker oder „Erzleher“. Es fehlt zwar auch unter der Arbeiterschaft nicht an Gekütern, die diese Friedlichkeit als Schwäche beurteilen. Sie sind aber glücklicherweise in der Minderheit. Und darin zeigt sich, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft trotz aller Not und Unterdrückung, die sie auch heute noch zu erdulden hat, einem höheren sittlichen Geste bildet.

Im dieser friedlichen Gesinnung der deutschen Arbeiterschaft offenbar sich die Erkenntnis, daß genau so wie der Weltkrieg als die größte Frucht roher Gewalt, nur mit einer Niederlage seiner deutschen Urheber enden mußte, auch eine nur mit Gewalt durchgeführte Revolution enden mußte. Die Beweise hierfür treten in Deutschland von Tag zu Tag deutlicher hervor. Je weniger auf die tiefstliegenden Verwicklungen des jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Lebens geachtet wird, desto verhängnisvoller werden sie für die Gesamtheit. Die alte Lehre, daß der Mensch nicht nur vom Brot allein lebt, daß sein Leben erst durch geistige Ziele und Ideale einen höheren Wert erhält, bildet im Grunde genommen auch die Ursache der bisherigen widerspruchsvollen Entwicklung der deutschen Revolution seit den Novembertagen 1918. Wohl bildet das tägliche Brot im weitesten Sinne des Wortes die materielle Grundlage des menschlichen Lebens, aber wirklich menschlich wird unser Leben erst, je mehr wir von der Sorge und Mühe um dieses tägliche Brot entlastet werden.

In der Befreiung der menschlichen Arbeit liegt daher der tiefere Sinn der Revolution, so wie wir sie als denkende Arbeiter auffassen. Hier heißt es, sich bewußt werden, daß wir einem Feinde gegenüberstehen, der in jahrelangem Entschlafener alle Kräfte in seinen Dienst zu spannen in der Lage war und die übergroße Mehrzahl der Menschen unterjocht hat. Es ist nach Wilhelm Weitling das innerste Wesen einer jeden sozialen Revolution, daß in ihr das Übergewicht einer geistigen und physischen Kraft das Alte zu überwinden sucht. Es hängt also nicht nur von irgendeiner physischen Kraft ab, daß eine soziale Revolution siegreich sein kann, sondern in erster Linie von einem Übergewicht der geistigen Kraft. Und das ist in Wahrheit auch der Kardinalpunkt, an dem der gegenwärtige Revolutionsprozeß krankt. Die geistige Kraft der deutschen Arbeiterschaft ist zerstückelt, gespalten durch Theorien, die mit den wirklichen geistigen Grundlagen der deutschen Arbeiterschaft zum größten Teil in Widerspruch stehen. Es ist das Verhängnis aller Politik, daß sie als die sogenannte Kunst des Möglichen an dem unbedingt Nötigen gar zu leicht vorbeiführt und zu Theorien verleitet, die keinen Boden mehr unter den Füßen haben. Und hierin liegt die große Gefahr, die es den Feinden der Arbeiterschaft ermöglicht, auch den vernünftigsten Bestrebungen zu einer gründlichen Umgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen Trotz zu bieten und ihrer sogar zu spotten.

Die hinter uns liegenden zwei Jahre deutscher „Revolution“ zeigen uns, daß ein Teil der Arbeiterschaft in den immer schwerer gewordenen Sorgen ums tägliche Brot, an geistiger Festigkeit und Klarheit bezüglich höherer Menschheitsziele im Widerspruch eines solchen politischen Theorieverfalls manches eingebüßt hat. Sie wird unwillkürlich von Anhängern brutaler Gewalttheorien von

rechts wie von links. Und viele ihrer Glieder folgen teils aus Unklarheit über die wirklichen Zusammenhänge der Not unserer Zeit, teils aus leidenschaftlichem Unmut über die heutigen Zustände diesen Rattenlängern. Die Unternehmener brüllen sich mit einer immer größer werdenden Zahl von Ungläubigen, Willfährigen, Entmutigten. Und eine andre Richtung stützt sich auf ein fanatisches Gesele

Revolution!

Verfunktener Geschlechter unerfülltes Sehnen
Grub einen Reis der Hoffnung in den Zeitenschloß.
Gehet vom Opferblut, gedüngt vom Salz der Tränen,
Sproß es im Menschenleib und wurde erdengroß.
Jahrhundert um Jahrhundert sank ins graue Gestein,
Doch über Ormuzd immer segte Ahirman,
Doch immer ließ und läßt das Menschentum sich lästern
Vom deuteglerigen Tyrann.

Auf goldenem Thron saß Mammon menschenglückverachtend
Und teile Kreaturen folgten seinem Wink.
Die bauten ihm Altäre, Opferlamm schlachtend,
Und schlugen Leib und Geist in einen Sklavenring.
Der Gott der Wahrheit wand sich in der Folterzange.
In feuchten Rasematten schlief das freie Wort.
Die Faust entschied das Recht. Die glatte Lügenschlange
Kroch um die Erde fort und fort.

Und als der blanke Irrsinn unter blut'gen Scherzen
Sprang in das Reich des Friedens wie ein Höllenhund,
Da barst der tiefe Krater angehäufter Schmerzen
Und rote Flammen schossen züngelnd aus dem Schlund.
Da wars genug der Tränen, die die Erde näßten,
Und in die stillen Duldner fuhr der heilige Grimm.
Erbleichend zitterte in schimmernden Palästen
Der Priestertröb vom Stamme Nimm.

Millionen von Enterbten trugen durch die Lande
Den Glauben an sich selbst in der Empörung Schrei.
Propheten traten auf im schillernden Gewande,
Daß der gerechte Lohn das Ziel der Menschheit sei.
Nein! Nicht durch rohe Kraft entbund'ner Elemente,
Nicht durch das starke Wort wird Ziel zur Wirklichkeit:
Den Stern der Weltzerstörung reißt vom Firmamente,
Wer seinen Geist vom Ich befreit.

Veredelung des Geistes sei das Ziel des Strebens,
Die Tat der Menschenliebe lenke den Verstand,
Die Eintracht ebne uns den rauhen Pfad des Lebens,
Dann zieh'n wir palmend ein in das gelobte Land.
Umspannt ein Allgedanke die gekürzten Stirnen,
Daß Gott und Geist als Eins sich setze auf den Thron,
Dann erst erstrahlt vermenschlicht ob den Erdenfirnen
Die Göttin der Revolution!

Bohum.

Ulfkor Kalinowski.

von tollkühnen Köpfen, die da glauben, mit Maschinen-
gewehren oder Galgen ihre Gewalt Herrschaft wieder auf-
richten zu können.

Die dem Herzensabbat einer ziemlich verpöhlten Revo-
lution stehen die gewerkschaftlichen Organisationen der
deutschen Arbeiterschaft als geschlossene Formationen fast
nur noch allein als seltener Pol gegenüber. Ihnen fällt nach
wie vor die schwere Aufgabe zu, in mühsamer Arbeit dafür
zu wirken, daß die wirtschaftlichen Grundlagen der deut-
schen Arbeiterschaft nicht vollends vernichtet werden. Ihre
Formationen markieren mit opferwilliger Gelassenheit
durch das Geschloß aller Reaktionen und dringen,
wenn auch langsam, Clappe um Clappe unter zielbewußter
Heranbildung und Auswertung der Betriebsräte in das
Gebiet der privatkapitalistischen Produktion. Hier wird
allein noch praktische Arbeit geleistet. Und wenn auch die
Erfolge angelehrt der ungeheuren Not aller Kopf- und
Sandarbeiter noch so bescheiden sind; es zeigt sich in ihren

Kreisen keine Entmutigung, sondern eine Stärkung der Kräfte,
je härter die Widerstände werden. Hier geht es Zug um
Zug hart auf hart. Nur Phantasten können erwarten,
daß gegenüber dem starren Gellen der privatkapitalistischen
Profistwirtschaft ein ruhigeres und wirkameres Tempo
durchgeleitet werden könnte. Denn je enger sich das Unter-
nehmerium zusammengebrängt läßt, desto verzweifelter,
desto rücksichtsloser wird seine Gegenwehr. Wer hier
glaubt, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu können,
ist verloren und scheitert aus den Reihen der Kämpfer,
zum Schaden der Gesamtheit und sich selbst.

Wer dagegen aufmerksam die Entwicklung der deut-
schen Gewerkschaften sowohl nach innen wie nach außen
in den beiden letzten Jahren verfolgt hat, der wird zu-
geben müssen, daß sie sich zu einem Nachfaktor in Politik
wie Wirtschaft entfaltet haben, wie keine andre Organi-
sationsform. Mit zielbewußter Entschlossenheit drängen sie
die wirtschaftspolitische Entwicklung in fast allen Industrie-
und Gewerbegruppen zu jenem Punkte, wo die Rentabi-
lität des Produktionsprozesses immer stärker von ihrem
Einfluß und ihrer Mitbestimmung abhängig wird. Das
Problem der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel
verliert auf diesem Wege mit zunehmender Deutlichkeit
seinen theoretischen Charakter und wird zur praktischen
Tagesforderung, ohne deren Erfüllung ein Neubau oder
eine Gesundung der menschlichen Wirtschaft von Tag zu
Tag aussichtsloser wird. Denn alle noch so riesigen Schein-
werke des Privatkapitalismus fallen über kurz oder lang
in sich zusammen wie ein Käuflerische, weil so un-
erhörten Teil auf politischen oder finanziellen Spekulationen
aufgebaut sind, die im tatsächlichen Produktionsprozeß
keine Realisation mehr finden können. In diesem Sinne
bedeutet der gewerkschaftliche Kampf die einzig praktische
Konzentration der Kräfte aller Kopf- und Sandarbeiter.

Die immer stärker werdende Macht der gewerkschaft-
lichen Organisationen wird die wahre soziale und wirt-
schaftliche Revolution erst nach zur Reife bringen, nachdem
die politische Revolution sich durch theoretische Staats-
plattereien als ohnmächtig erwiesen hat. In geschlossener
Phalanx werden die deutschen Gewerkschaften sowohl dem
Siegestaumel der Ententekapitalisten wie dem hochver-
räterischen Treiben der deutschen Kohlenbarone, die aus
Furcht vor der Sozialisierung des Bergbaues hinter den
Auffüssen die Befehle des Rühreviers propagieren, die
Suppe so verlasten, daß ihnen die Augen übergeben. Der
Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird in Ver-
bindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die
geistige Konzentration eines menscheitsbefehlenden Ar-
beiterwillens so zur Tat werden lassen, daß den Herren
Stimmes, Borlig usw. endlich begreiflich wird, daß mit
halben Maßnahmen der deutschen Volkswirtschaft nicht
mehr gedient ist. Gerade durch den Druck der privatkapitalistischen
Reaktion prägt sich diese Notwendigkeit
tätlich tiefer in die Köpfe der deutschen Arbeiterschaft und
stempelt die deutschen Gewerkschaften zu natürlichen Trägern
der deutschen Revolution.

Unter einhelllicher zielbewußter Monierarbeit der deutschen
Gewerkschaften wird sich daher in Zukunft jene soziale Revo-
lution entwickeln, die schon vor etwa 30 Jahren August
Bebel mit folgenden Worten angekündigt hat: „Die Fut-
teigt und unterpflügt das Fundament, auf dem unser Staats-
und Gesellschaftsbau ruht. Alle Welt fühlt, daß die Fun-
damente wanken und nur noch kräftige Stützen retten
können. . . Die kranke Welt ist aber nicht zu kurieren,
ohne daß die Privilegien und Vorrechte der herrschenden
Klassen in Frage gestellt und schließlich beseitigt werden.“
Inzwischen hat der Weltkrieg die Fundamente der privatkapitalistischen
Staats- und Gesellschaftsordnung aufs tiefste
erschüttert. Die in den Novembertagen 1918 geborene
politische Revolution hat deren innere Hohlheit entthüllt.
Der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Revolution
wird es vorbehalten sein, die materiell wie stillos faulen
Trümmer der künstlich aufgeschichteten Wirtschaftsordnung
wegzuräumen und an deren Stelle eine höhere Kunst-
und Wirtschaftsform aufzurichten, und zwar auf dem
Fundamente gleichberechtigter Arbeit für alle Menschen.

Reaktionäre Zerrörer

Denkt man an die Zeiten vor dem Kriege zurück, an die einst so stolze, geschlossene, von dem gesamten Proletariat der Welt bewunderte deutsche Sozialdemokratie, und betrachtet heute die Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterklasse, so muß jedem ehrlichen denkenden Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen. SPD. — USPD. rechts — USPD. (Mozkauptler) — SPD. — USPD. — und wer weiß, welche Spaltungspläne noch emporschweben werden. Alle empfehlen sich als die wahren, alleinigmachenden politischen Parteien der Arbeiterklasse. Das nach jener entscheidenden Abstimmung vom 4. August 1914 eine Spaltung kommen mußte, war klar. Ob es unbedingt nötig war, zu neuen Parteigründungen zu schreiten, darf wohl bezweifelt werden. Die Endziele und Forderungen der Parteien sind nicht sehr verschieden, aber die Wege zur Zielerreichung gehen auseinander. Was sich als Folge der politischen Zerrissenheit in den Gewerkschaften zeigt, geschieht zum Vergnügen der Kapitalisten und zum Schaden der Arbeiterklasse. In den Verbänden der Arbeiter kommen noch hinzu: Antikristen, Synchrokraten und wer weiß welche Fiktionen nach dem politischen Horizont aufstellen. Sie schlagen Reklame wie der billige Jakob mit ihren Organisationsbüchern, unter dem Banner der alleinigmachenden Vertretung der Arbeiterinteressen.

Wo diese überradikalen Schreier eine Aktion zur angeblichen Verbesserung der Lebenslage ihrer Klassen-genossen ansetzen, brach diese ihre Aktion, weil ihre hochtrabenden Versprechungen an den wirklichen Sachlagen scheitern mußten, zusammen. Dieses verantwortungslose Treiben hat als einzigen „Erfolg“, daß ein Teil der um ihre Erwartungen betrogenen Kollegen im gewerkschaftlichen Sumpfland und eine Beute der Gelben und der Konterrevolution werden. Die Gründer dieser Zerrissenerorganisationsformen kann man nur als Reaktionäre bezeichnen, als Schrägkrieger der Gegenrevolution. Warum nimmt sich die Arbeiterklasse in gewerkschaftlicher Beziehung nicht die Unternehmer zum Vorbild? Um dem Proletariat entgegenzutreten, fragen sie nicht danach, ob in ihren Reihen Juden, Christen oder Mohammedaner leben.

Und wer sind die Gründer dieser Auch-Arbeiterorganisationsformen? Meistens Leute, welchen, ihrem radikalen Phrasengebelm nach zu urteilen, die sozialistische Entwicklung nicht schnell genug geht. Aber dank ihrer geistigen Verfassung selbst keine Wege zur schnelleren Umformung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische aufzeigen können, sondern nur ihr eigenes Können mit Schimpfen auf die Gewerkschaftsbunzen erschöpfen. Und wer sind die Mitglieder? In der Überzahl Leute, welche vor und während des Krieges aus Schlingengrabenangst zu laien waren, sich zu organisieren! Den Aufrechten zu mimen und den Mund weit aufzureißen, ist heute sehr leicht.

Wehe uns, wenn die Reaktionäre durch die Unentgeltlichkeit der Arbeiter und ihrer Führer wieder die Oberhand gewinnen! Es werden dann viele der jetzigen Weltumstürzler sofort verschwinden. Dann werden sie klein werden. Schmelzend werden sie unter die Radikalschiffe der Unternehmer kriechen wie einst die Kakaien der Kaiserkrone. Schon sind die Kapitalisten an der Arbeit, uns die Erfolge der Revolution zu entreißen. Die Unternehmerklasse regiert. Das Proletariat hat ja dazu keine Zeit, es muß sich spalten und immer weiter spalten. Nein, Kollegen, so geht es nicht. Denkt an die gemachten Fehler! Der Zustand der Arbeiterklasse baut sich auf die Einsicht, Selbstlosigkeit und Tatkraft, welche sie aufzubringen vermag. Aber niemals nach starrem System! Nur mit Männern, die sich, den Wind schon länger um die Nase haben wehen lassen, läßt sich die verzweigte kapitalistische Wirtschaftsordnung umformen. Nur Präziseure können der Arbeiterklasse ein soforliches Paradies vorzeichnen. Wenn nicht so viele Kollegen mit Egoismus und politischer Unwilligkeit beschwert wären, würden jene Phrasenbänder auch nicht den Anhang haben. Fragt bei jeder Bezeichnung eines Postens, was der Kollege vor dem Kriege und vor der Revolution tat! Kritisiert, merzt das Schlechte aus, treibt die Gewerkschaften in wahrhaft revolutionärem Sinne vorwärts; aber zerstückt nicht auch noch die Gewerkschaften, sonst leid ihr eure eignen Totengräber. Und zum Schluß: Alle, die sich unter den Kollegen herstellten, an der Zerrückung der Gewerkschaften mitzuarbeiten, sind als Reaktionäre zu bezeichnen. Denn haben wir auch noch unsere stolzen, starken Gewerkschaften geerbt, dann hat die Reaktion freie Hand! Und dann wehe uns!

Glück.

Wtzl.

Gerechtigkeit, das Volksideal

Esche ich da eines Tages — lang ist es her — im „Joo“ vorm Affenfall. Da redet mich ein Nebenstehender an: „Sie, haben Sie schon mal 'n gebildeten Affen gesehen?“ Ich konnte diese Frage auf Grund selbst gemachter Beobachtungen lächelnd bejahen. Darob berichtigte mein Nachbar: „Nein, wissen Sie, so 'n richtigen Affen wie in Cassans Panoptikum, der trägt 'n Frack, Zylinder, Glacéhandschuhe, Monokel, trinkt Sekt, raucht Zigarren, Zigaretten, hat überhaupt ganz nette Manieren und ist doch bloß 'n Affe...“ Freilich hatte ich auch dergleichen schon gesehen, wenn auch nicht in Cassans Panoptikum. — Bildungsdünkel — Dünkelbildung! Zwar lächerlich, aber, ach, so lächerlich fündlich!

Dieserart Betrachtungen lassen sich häufig anstellen, am wenigsten oft aber beim Veden des „Korr.“. Der ist mir von allen Arbeiterblättern das interessanteste. Hier treffe ich zwar nicht: Ein gebildetes Fräulein oder Mädchen und den besseren Herrn, die leichte Beschäftigung suchen (aber nicht etwa Arbeit, denn die ist und macht gemein), und

das neugeborene Kind besserer Herkunft, das mit oder ohne Vergütung abgegeben wird, und ähnlich Schönes. Fast immer aber find es die Besten unseres Berufs, die sich mühen, ihr Bestes zu geben. Erfolgreiches und Unerfreuliches.

Und dies stellt nach Elberfeld und geht an alle: Buchdrucker sind keine Klöckerarbeiter! Stolz stand es so zu lesen im „Korr.“, in Paris- und Gewerkschaftsprelle als Schlußsatz der bekannten Resolution. Vergebens wartete ich auf eine Korrektur dieser Entstellung. Wie ist es möglich, heute noch zu prunken mit kleinstädtischem Berufs- oder Standesdünkel! Heute noch, wo einer nach dem andern gezwungen ist, aus unfern Reihen auszuscheiden, um anderswo durch nützliche und ehrliche, wenn auch mehr schmutzige Arbeit eine Lebensmöglichkeit zu finden! Vielleicht gehen die Elberfelder Kollegen in allen Parteilagern als gute Genossen. Sozialistisches Fühlen und Denken aber können sie ihnen nur kümmerlich entwideln. Möchten wir ändern aus ihrem Irrtum eine gute Lehre ziehen. Sind wir doch alle Sünder, mehr oder weniger den Mächten der Finsternis unterworfen, verzehrender Nachsicht bedürftig. Wir erstreben Gerechtigkeit. Aber sind wir würdig sie zu fordern, wenn wir nicht gewillt sind, sie allen andern, auch dem heute noch Geringsten unter uns, freudig zu gewähren? Mit uns zu Tisch sitzt die Not. Sie gestaltet uns keine reichhaltige Tafel. Wer sich da mehr herausnimmt als ihm zusteht, ja, ist der nicht ein Spießbube? Ein Spießbube, ob mit Barett oder Zylinder, vermeintlich besserer oder gemeiner Herkunft, ob christlich oder sozialistisch, mit oder ohne Rechtsfimmel des Bildungsganges und der Qualifikation, die man doch nur dem Zusammenwirken der ganzen Volksgemeinschaft zu danken hat. Seit Bönne, der Demokrat, behauptete, daß von der bürgerlichen Gesellschaft die Diebe die größten Vorteile haben, hat sich deren Zahl ins Ungeheurre vermehrt, so daß unsere Wirtschaft durch dieses Ungeheuer unheilbar zerrüttet ist. Aus dem logenannnten Volke der Denker und Dichter wird mehr und mehr ein Volk von Hochkapitlern, Idioten und Narren!

Und nun Grub und Sandstich der Kollegen Hoff (zur „Qualitätsabstufung“ in den Beihilfenanfragen, „Korr.“ Nr. 118) und U. v. d. Heid („Ein Weg!“, „Korr.“ Nr. 119). Diese beiden Artikel, vom Herzen diktiert und von der Vernunft geleitet, sind das eigentliche ABC unserer Arbeiterbewegung in ihrem Aufstieg zur geistigen Volksgemeinschaft des werdenden neuen Deutschland. Sie verdienen im heutigen Durcheinander spühbarer Richtungsmeinungen die allerernte Beachtung. Kollege U. v. d. Heid überkreuzt bescheidenweise keine Ausföhrungen: Ein Weg! Ich glaube vielmehr, sie sind Der Weg! Der Weg zur Gerechtigkeit! Das Kulturziel des Sozialismus ist Tat, nicht Wortgerechtigkeit. Alles andre folgt von selbst. Diese beiden Artikel verdienen mehrmals gelesen zu werden. So kurz und überzeugend ist noch nie im „Korr.“ die sinnlose Benachteiligung der Minderbezahlten dargestellt worden. Wie in Scheinwerferbeleuchtung leben wir den „besseren“ Arbeiter im Gegenlicht zum „gemeinen“. Hier ist Gelegenheit zur Selbstbefinnung, Mahnung zur Solidarität, dem Rufe nach Gerechtigkeit zu folgen. Hier steht Herkules, das arbeitende Volk, am Scheidewege. Kann es sich nicht zusammenfinden zum gemeinsamen Handeln auf dem alle tragenden Boden der materiellen Gleichheit, dann ist alle Hoffnung verloren. Dann hat das beseigeltete Proletariat seine Unwürdigkeit bewiesen, niemals den gebilligen Boden des Landes der Verhehlung zu betreten. Dann beweist es, daß es vom Hochmut und der Raffgier herrschender Überlieferung befallen, nicht den Weg der Solidarität gehen will. So viel steht fest, daß die Forderung nach dem Einheitslohn und Reichsgrundlohn nicht eher von der Tagesordnung abgesetzt werden kann, bis sie erfüllt ist. So kommen wir zur Einheit im Denken, Wollen und Handeln. Wie steht es? Heute freilich wir, morgen ihr, übermorgen die, dann jene, dann wieder die andern und so fort, bis nun die Reihe wieder an uns kommt! — Kräfteverwendung, Kleinbetrieb. Und so muß gefragt werden: Ist die Arbeiterklasse organisiert oder ein wirrer Haufe sinnlos Betrunkener, der den gemeinamen Weg nicht finden kann oder will? Es ist also um mehr Achtung und Geschlossenheit zu bitten. Dann wird in unsre Bewegung mehr Ruhe, Ordnung kommen. Verantwortung, Begeisterung geweckt, die Kraft ins Organische gefeigert, Haß, Neid, unwürdige Strebererei ausgeschaltet, die Bahn unter Vermeidung unwesiger Bußkämpfe eben und frei, nicht nur dem „Tüchtigen“ (d. h. strebenden Schmensein und Schurken), sondern der ganzen arbeitenden Volks-, ja, Völkergemeinschaft, den ganzen Erdball umspannend.

Zu keiner Periode untrer Zeit war der „Korr.“ gehaltvoller als gerade jetzt. Das beweisen auch die vorzüglichen Artikel der Kollegen Schröter („Neue Wege in der Sozialversicherung“) und Görlch („Das Problem einer Reichspolysversicherung“) in Nr. 123. Sie sind wie auch U. v. d. Heid von dem Streben erfüllt, in der Altersversicherung der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Auch diese Artikel sind in hohem Grade als Ergänzung der erstgenannten Beiträge zu werten. Weshalb nicht-beamteten Arbeiter steigt nicht die Schamröte ins Gesicht angesichts der niedrigen Bewertung seines Menschentums, wenn er die Ruhegehaltsätze der Beamten mit den ihm zugebilligten in Vergleich zieht. Kein Hundevieh ist damit normalerweise zu erhalten. Die Mahnung: Spare in der Zeit, so hast du in der Not! ist angesichts der Diebeskünde des herrschenden Raubkapitals wohl nicht mehr zu hören. Der große Räuber hat ja auch den Sparrer längst ausgebeutet. Wir müssen uns auflehnen gegen diese aus der Zeit Wilhelms des Grobartigen übernommene Schändlichkeiten, wie auch gegen alle überdeutliche Anmaßung aus den Reihen der Arbeiter selbst.

Kollege Franz Tofag („Qualitätsparke“, „Korr.“ Nr. 121) war lo freundlich, die Gedanken des Kollegen Hoff durch seine gegenteilige Ansicht den „Korr.“-Lesern in Erinnerung zu bringen. Leider in Entfremdung. Ich kann ihm nur raten, sich nochmals in die angezogenen Artikel zu vertiefen. Vorläufig hält er es noch mit seiner Qualität. Wem verdankt er sie? Dem Glücke zufälliger Ausbildungsmöglichkeiten? Seinem Talent? Seinen Neigungen? In all dem ist doch kein Verdienst, das ihn berechtigt, sich über andre zu erheben! Wie ist sein Denken? Ist es wucherlich? sozialistisch? demokratisch? Demokratie heißt Volksherrschaft, diese bedeutet gleiches Recht, Gerechtigkeit für alle — oder etwa nicht? Der ungelernete Arbeiter leistet seine Arbeit, die ihm weniger Anregungen und Freuden bietet, mit demselben Anrechte zum Leben, wie der meist nur logenannnte Qualitätsarbeiter. Jede nützliche, gern geleistete Arbeit ist Qualitätsarbeit. Unter Bildungsfreuden hat zum Zwecke die Vererbung untrer Arbeit, nicht aber, uns zu beuteilförmern Schnapphähnen zu entwickeln. Sind wir etwa Krämer, Raubjunker oder profitgieriger Terrainspekulant, die da ernten, wo andre gefät haben? Jede Arbeit kann zur From- und Ehrearbeit erniedrigt werden. Für den wirklichen Qualitätsarbeiter ist nicht, was er zum Lebensunterhalt bekommt, der Lohn, sondern was er geschafft hat — sein Werk. Damit ist seine Sehnst gefüllt, die ihn nicht ruhen läßt, bis er sein Werk vollendet sieht. Könnte dem Forscher, dem es nach mühevoller, an Enttäuschungen reicher Arbeit endlich gelänge, die molekulare Ausnutzung der Kohlenkraft zu ermöglichen, je der Lohn gezahlt werden? Obson er der Menschheit aller Zeiten größter Wohlthäter, könnte er den schönsten Lohn doch nur in seinem Werke sehen. Die nützlichsten Menschen waren und sind auch bescheidene Menschen, welche die Wirtschaft am wenigsten belasteten. Nur eines ist zu fordern: daß niemand um Lohn zum Selbstmörder werden muß in lebensgefährlicher, gesundheitschädlicher Arbeit; hier ist die Arbeitszeit zu kürzen.

Die werdende Gewalt der Gerechtigkeit als gemeinsames Volksideal wird weiteste Kreise erschaffen. Das deutsche Volk, zielbewußt von seiner beamteten gefügigen Führung mit allen Mitteln zur Schlucht angeleitet und in den sinkenden Sumpf der Beute wart gelockt, hat von seiner beamteten Führung auch heute noch kein Heil zu erhoffen. Das Spaltungsfeber ist aus diesem Sumpfe geboren. Es ist nichts andres als das Suchen nach einem gemeinsamen Volksideal. In der diktatorisch herrschenden Gerechtigkeit des Gebens und Nehmens ist es zu finden. Ihrer hehren Majestät haben alle sich zu beugen. Dann werden wir wieder wie in unjern Kinder-tagen schauen das Land voll Lieb und Leben, unter deutsches Heimatlant!

Wiesbaden.

S. Weeg.

Salle und die Gewerkschaften

Die Welt ist um ein Trauerspiel reicher, denn wieder haben sich die deutschen Proletarier gespalten, zum Gaudium des Kapitalismus. Die Reaktion lacht sich ins Fäulchen um diese Arbeit der Unentwegten, die vor lauter Ziel-sicherheit und Zielbewußtheit die nächste Zukunft der ganzen Arbeiterklasse in Frage stellen. Wenn das eine ist nicht, daß diese neue Spaltung (wird sie endlich die letzte sein?), die statt der sehnlichst erwarteten Vereinigung aller Sozialisten zu einer machtvollen Phalanx eingetreten ist, untre Kräfte, die nur in der Vereinigung hinreichend, dem Kapitalismus den Atem auszubrauchen, zum Bruderkampfe gegeneinander verbrauchen wird.

Auch der Optimist sollte sich nicht einbilden, daß von den politischen Parteien für untre Interessen vor der Hand wenig oder gar nichts zu erwarten ist. In Zeitungen, Verammlungen und Parlamenten werden nun die Vertreter der verschiedenen „alleinigmachenden“ Richtungen gegeneinander vom Leber zehren, und so bleibt der werksfähigen Bevölkerung nichts übrig, als sich selbst zu helfen, will sie in naher Zukunft Erschöferungen in ihrem schweren Dasein erhalten. Und zu diesem Zwecke muß sie sich ihrer schneidigsten und stärksten Waffe, die sie besitzt, bedienen: der Gewerkschaften.

Wer wollte heute — unter dem Zeichen: nur Arbeit kann uns retten — daran zweifeln, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten deutschen Gewerkschaften die mächtigste Vereinigung im ganzen Vaterlande darstellen? Wer noch im Zweifel gewesen wäre, dem mußten die Märztage 1920 die Augen darüber geöffnet haben. Nur noch der Bauernbund und der Arbeit-geberverband verfügen über ähnliche Machtmittel. Wenn im Gewerkschaftsbund ist alles vereinigt, was zum Siege gehört: eine alte Praxis, ein geschultes, wohldisziplinirtes Arbeiterheer und eine alle Berufe umspannende, ganz Deutschland umfassende Organisation. Und diese muß nunmehr besser für das Allgemeininteresse angepaßt werden als bisher. Die neue, chronisch werdende Zerrückung in der Arbeiterbewegung muß die Gewerkschaften veranlassen, sich neuen Aufgaben zuzuwenden und über den Horizont des engen Berufsrechtes hinaus-zugehen.

Wir müssen verlangen, daß die Gewerkschaften sich der brennenden Gegenwartfragen intensiver annehmen als bisher. Denn alle Föhrerhebungen, alle ermunernden Worte sind für die Lab, wenn folglich der Unternehmer alles auf die Produkte (mit entsprechendem Gewinnaufschlag) abwägt und eine neue Feuerungswelle verursacht.

Im drei brennende Tagesfragen müssen die Gewerkschaften sich sofort ohne Säumen — weil schon ohnehin gar zu lange gesäumt wurde — wenden: an den Abbau der Preisse, an eine umfassende Sozialisierung und an eine Neuordnung der Sozialgesetzgebung. Die erste soll uns

wieder ein erträgliches Leben schaffen, die zweite soll uns aus dem Verhältnis des Lohnkämpfers zu einer höheren Stufe emporheben und die dritte macht sich nötig durch die geplante Arbeitslosenversicherung. In einem andern Artikel habe ich schon ausgeführt, daß es jetzt an der Zeit ist, alle Zweige der Sozialversicherung in ein großes Institut zusammenzulegen, das jedem Deutschen, der arbeitswillig ist und seiner Arbeitspflicht bisher genügt, eine ausreichende Entschädigung gewährt in den Fällen, wo er durch Krankheit, Sicheium oder Arbeitslosigkeit seiner Arbeitspflicht nicht genügen kann und zu dem die Kosten lediglich aus Staatsmitteln aufgebracht werden.

Werden sich die Gewerkschaften diesen praktischen Gegenwartsaufgaben zuwenden, dann wird auch die Maulwurfsarbeit der Moskauer an untern Organisationen vorzüglich sein; dann werden diejenigen Mitglieder, die heute die gewerkschaftliche Organisation als etwas Überflüssiges und nicht mehr Zeitgemäßes ansehen, wieder zu latenten Mitarbeitern werden, denn so viel gesunder Sinn steckt noch immer in der deutschen Arbeiterschaft, um die praktische Gegenwartsarbeit einzuleben, und die vernünftigen eben jene Leute heute in den Gewerkschaften.

Man verstehe mich recht: nicht den politischen Parteien sollen die Gewerkschaften Konkurrenz machen, denn dann würden sie in denselben Sumpf geraten wie diese. Nein, den Finger sollen sie auf die offene Wunde unseres Volkslebens legen, die praktischen Gegenwartsfragen aufrollen und praktische Vorschläge zu deren Lösung machen und dadurch die politischen Parteien antreiben, praktische Arbeit froh aller ihrer Verwickelungen zu leisten und ihnen die Unterstützung auch mit den stärksten Mitteln in diesem Vorgehen zu sichern. Schaffen sie in diesem Sinne dann werden sie auch wieder zu einem Segenpender für uns alle werden, wie sie es vor dem Kriege waren.

Und hier kann ich auch den Gewerkschaftsleitern gewisse Ratschläge nicht erlassen, so sehr ich sie auch sonst hochachte als Leute von praktischem Wissen und jahrelanger Erfahrung. Auch sie müssen in diesen Fragen von der neuen Zeit etwas dazulernen. Man muß in die Vorstände tüchtige Sozialpolitiker oder Nationalökonomien hineinbringen oder zum mindesten als Berater beibringen.

Mögen die Vorstände der Gewerkschaften ihre Zeit richtig erfassen und helfen, daß die Zerstückelung in der Arbeiterbewegung nicht zu einer Katastrophe für uns werde; noch stehen die Gewerkschaften gescheit da. Bewahre man diese Geschlossenheit, indem man die unklüglichen Mittelglieder durch praktische Gegenwartsarbeit wieder zu begehrteren Anhängern macht.

Kalle a. d. E.

U. Schröder.

Zur Erkenntnis gekommen!

Die in Nr. 120 des „Korr.“ enthaltene Kundgebung der Leipziger Maschinenmeister ist ein Beweis von großer Bedeutung, der geeignet ist, uns Sparte zum Erwachen zu bringen und ihr neues Leben zu faktischem Handeln einzubringen. Ganz besonders aber sollte die Kundgebung dazu bestimmt sein, die große Zahl der Unterstellten aufzurütteln, damit auch sie aus sich herausgehen, wenn sie nicht als Knechtchen an unsern Bestrebungen angeheben werden wollen.

Nach der Tarifberatung im Jahre 1896, die den Druckern eine halbseitig längere Arbeitszeit brachte und eine Kompensation für das Zustandekommen des Tarifs von damals darstellte, haben diejenigen, die gewohnt waren, die Dinge von zwei Seiten zu betrachten, erkannt, daß der Schwerpunkt des Gewerbes im Maschinenbaue liegt. Auch ich zählte zu denen, die immer und wiederholt darauf hingewiesen haben, und zu meiner Genugtuung kann konstatiert werden, daß diese Annahme zur Gewißheit geworden, man darf nur die Vorgänge im Gewerbe seit jener Zeit vorurteilsfrei betrachten. Leider aber ist es trotz angewandter großer Mühe nicht gelungen, die große Masse unserer Sparte zu der Erkenntnis zu bringen, daß unser Gewerbe durch die mit dem 20. Jahrhundert einsetzende Verselnerung mit Naturerzeugnissen dahin gedrängt wurde.

Während man von Prinzipsache aus schon 1896 erkannt hatte, daß nur die Maschine die Rentabilität verbürgt, hat man sich gegenseitig dieser Tatsache verschlossen, trotzdem von denen, die die Lage erkannten, viel besonderem Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen wurde. Durch die Gleichgültigkeit wurde die beste Zeit verstreut, daraus die nötigen Aufschlüsse zu ziehen — leider! Von diesen Gesichtspunkten aus muß ich die Leipziger Kundgebung mit großer Freude begrüßen, und ich richte daher an alle Druckerkollegen die dringende Mahnung, den Leipziger Weckruf zweimal zu lesen und in sich aufzunehmen, ihre Verbargie abzuschleifen, damit sie sich der Notwendigkeit bewußt werden, daß jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist, eine Zeit, in der es eine Freude ist, an einem großen Kulturwerke mitwirken zu dürfen, das jedem einzelnen wieder zugute kommt und zugute kommen muß. Wenn unsere Druckerkollegen zu der Erkenntnis gelangen, neben technischer Vervollkommenheit einen auf kollegialer und sozialistischer Grundlage beruhenden Zusammenhalt zu erstreben, um als Gewerkschaftler mitgestaltet dazustehen; dann wird unsre Sparte, sowohl in tariflicher wie wirtschaftlicher Hinsicht, einen ausschlaggebenden Machtfaktor in unserm Gewerbe bilden.

An die Funktionäre unserer Sparte aber — insbesondere an die Kreisvorsitzenden — richte ich die Mahnung, die Zeit nicht ungenutzt zu lassen und, soweit es angeht, sich in Kreisversammlungen mit der Leipziger Kundgebung zu beschäftigen und sich die Richtlinien derselben zu eigen zu machen; denn nur auf dieser Grundlage kann zu erforderlichen Umlagen weitergebaut werden im Interesse der großen Allgemeinheit.

Georg Kober, Elmgar.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

* Bamberg. Anlässlich einer Konferenz bezüglich des Tarifvertragswesens, einberufen von der Reichsregierung, wolle unser Verbandsvorstand Joseph Seitz hier und stellte sich dem hiesigen Ortsverein für einen Abend zur Verfügung. Vor den fast vollständig erkrankenen Kollegen referierte er über die letzte Gavourbeiterkonferenz und die allgemeine gewerbliche Lage. Seinen Ausführungen, die kein erfreuliches Bild boten, wurde der gebührende Dank, der ausklingt in dem Aufse: Vertrauen unsern Führern und freu zum Verbands. Kurz vor Beginn der Verlesung hatte sich auch Kollege Gramann, jetziger Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eingefunden und referierte über die gewerbliche Lage. Auch ihm wurde der beste Dank der Versammelten zu teil. Ein wirklich sehr und genuehricher Abend für unsern Ortsverein. An dieser Stelle beiden Referenten herzlichsten Dank.

Berlin. Am 6. Oktober fand die Gründungsfeier der Lehrlingsabteilung statt. Die Buchdruckerlehrlinge Groß-Berlins waren in hellen Scharen der Einladung des Gavourverbandes gefolgt. Gegen 1500 Jungbuchdrucker füllten den großen Saal der „Kammerkass“ bis auf die Pforte. Ein von der „Typographia“ stimmungsvoll vorgelegenes Lied leitete die Festversammlung ein. Ihm folgte die Begrüßungsansprache unseres Gavourleiters Maslmi, der sich die Sänger mit „Sei Outenberg“ anschloßen. Nun nahm Kollege Fülle das Wort und machte die erschienenen Lehrlinge mit den Bestimmungen der Lehrlingsordnung und den Zwecken und Zielen der vom Verband ins Leben gerufenen Lehrlingsabteilung in eingehenden Ausführungen vertraut. In die Leitung der Lehrlingsabteilung wurden sechs Lehrlinge gewählt. Mit dem kraftvollen Männergesang „Lord Folsen“ und einem kurzen Schlusswort des Kollegen Maslmi endete die Versammlung, in welcher alle Darbietungen den lebhaftesten Beifall der Lehrlinge fanden.

W. Düsseldorf. Maschinenlehre. — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 25. Juli stellte der Vorsitzende nochmals den Maschinenlehrgang und eruchte die Kollegen, die beschlossene Beitragszahlung nicht hiesig aufzulassen. Sie wäre nicht zu umgehen gewesen, wenn der Zentralkommission die Erstenmöglichst nicht genommen werden sollte. Beim Punkte „Technisches“ wurde das Abgleichs ohne Zählung besprochen. Es wurde weiter ein Familienausflug beschlossen. — In der Versammlung am 29. August leitete der Vorsitzende mit, daß hierorts seitens der Prinzipalität Bestrebungen im Gange seien, die Sonntagsausgabe wieder Sonntags morgens erscheinen zu lassen, was die Kollegen nicht aber ablehnten. Dann hielt der Vorsitzende einen sehr gelungener Vortrag über: „Die Maschinenlehre und die nächste Tarifrevision“ der großen Anstalt fand. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, denselben in einer Ortsvereinsversammlung zu wiederholen. Große Entrüstung rief die Mitteilung hervor, ein Spartenkollege habe sich in einem Zeitungsbeleg mit einer Stundenleistung von 170 Sellen angeboten. Der Fall soll klargestellt werden. Dann wurde zu dem in Nr. 90 des „Korr.“ erschienenen Artikel „Die Nacht- und Sonntagsarbeit“ des Kollegen Rohmann (Welschbüchel), welcher für die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit Propaganda macht, Stellung genommen. Es wurde beschlossen, dem Gavourvereinsvorsitzenden eine Protestresolution zu übermitteln. — In der Versammlung am 26. September gab der Vorsitzende von einigen Mitteilungen der Zentralkommission Kenntnis. Er teilte sodann mit, daß in einem Ueberleider Betriebe mit 60 gegen eine Stimme die Sonntagsarbeit wieder eingeführt worden sei. Versuche, dieselbe auch in Düsseldorf wieder einzuführen, wurden abgelehnt. Die Düsseldorf Maschinenlehre würden auch in Zukunft unter allen Umständen die Sonntagsarbeit ablehnen. Der schon erwähnte Kollege, welcher sich mit einer Stundenleistung von 170 Sellen angeboten hat, wurde einstimmig aus der Vereinigung ausgeschlossen und für nicht wieder aufnahmefähig erklärt.

Frankfurt a. M. (Schriftgeber.) In der starkbesuchten Halbjahresgeneralversammlung nahm man zunächst den Kasfenbericht entgegen. Dem Kassierer wurde für seine gute Kasfenführung einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die letzten tariflichen Abmachungen. Der Schiedspruch ist von allen Gießstädten, außer Frankfurt-Offenbach, angenommen worden. Da nun die Lohnverbesserung für uns eine Lohnminderung ist, verhandelte eine Kommission mit den Arbeitgeber, um einen Ausweg zu finden. Von Gehilfen war vorgeschlagen worden, Frankfurt-Offenbach sofort in Lohnklasse A einzureihen, da dies aber nur auf tariflichem Wege möglich ist, wurde folgende Erklärung abgegeben: „Auf Antrag der Gehilfen haben in Frankfurt Verhandlungen stattgefunden, die Gehilfen von Frankfurt und Offenbach in Lohnklasse A einzureihen. Die Arbeitgeber erklären sich dagegen, sind aber damit einverstanden, daß dieser Antrag der Gehilfen mit den andern Tariffragen sobald als möglich, jedenfalls noch im Laufe des Oktober, vor dem Tarifamt verhandelt wird.“ Alle Redner sprachen ihre Entrüstung aus über das geringe Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber, und ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag: „Das Akkordsystem ist aufzuheben und an dessen Stelle ein fester, der Zeit und Leistung Rechnung tragender Wochenlohn einzuführen“, wurde mit übergroßer Majorität angenommen. Er folgte noch die Bekämpfung einiger geschäftlicher Mitteilungen.

Gera. In der Oktoberversammlung begrüßte der Vorsitzende zunächst die Kollegen Karl Neu-

mann zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum und Wiffi Gelle und Paul Böckler zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt und eine Aufnahme vorgenommen war, erteilte der Vorsitzende dem Kollegen B. Dreher (Leipzig) das Wort zu seinem Vortrag über: „Der Wert der beruflichen Fortbildung“. In markanten Worten legte Redner klar, daß durch die technische Entwicklung des Gewerbes sich eine Fortbildung nötig mache. Am Schluß seiner Ausführungen richtete er den Appell an die Kollegen, die Vereinsabende der Typographischen Vereinigung rege zu besuchen. Die Versammlung beschloß die Ausführungen mit starkem Beifall. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Die Versammlung war mit dem Beschlossenen einverstanden. Weiter wurde die Mitteilung gemacht, daß die Beschäftigung der „Dillbingerer Zribüne“ am 15. September eine Leistungsergebnisse von 15 M. bewilligt habe. Hoffentlich werden die übrigen Prinzipale sich dem anschließen. — Am 10. Oktober fand hier eine Bezirkslehrlingsversammlung statt. Kollege Trautmann eröffnete die Versammlung mit beruhigenden Worten und erstellte dem Referenten, Kollegen Z. Dreher, das Wort zu seinem Vortrage. Redner verstand es vorzüglich, die Jungbuchdrucker mit den Zwecken und Zielen der Lehrlingsorganisation bekannt zu machen, so daß ihm aus den Reihen unres Nachwuchses reger Beifall gesollt wurde. Da die hiesigen Prinzipale es abgelehnt haben, eine Kommission zu wählen zur Ausbildung der Lehrlinge, trotzdem die Prinzipale den größten Nutzen davon hätten, so werden es die Gehilfen allein ausführen. Bei der einsetzenden Diskussion wurden noch verschiedene Lehrlingsmängel geklärt. Alle anwesenden Lehrlinge traten der Lehrlingsabteilung bei.

Öbenbürgen (Beif.). Hier fand am 10. Oktober die diesjährige Herbstbezirksversammlung des Bezirkes Osabrück statt. Zahlreich hatten sich die Mitglieder selbst aus den entferntesten Orten unseres weiterzweigigen Bezirkes eingefunden, konnten wir doch aus unserm Gavourleiter, Kollegen Pflingler (Sannover), in unsern Mitte begrüßen, der uns in einem vorzüglichem Referat Bericht erstattete über die letzte Gavourleiterkonferenz sowie im weitem Stellung nahm zu unsern Anträgen zur Tarifrevision. Einleitend gab Vorsitzender Slemann (Osabrück) nach einem Ueberleitervortrage der „Typographia“ Osabrück ein interessantes Bild über die gewerbliche Lage im Bezirke. Nicht unerwähnt sei es, daß wir im großen und ganzen fast keine Arbeitslosen hätten sowie auch die Kurzarbeit in Melle wieder aufgenommen habe, was freudig begrüßt wurde. Kollege Pflingler sprach sodann in eingehender Weise über unsere idealen wie materiellen Anträge zur Tarifrevision. Er ließ die Kollegen nicht in unklaren über den Ernst der Situation und keine Ausführungen gipfeln in dem Wunsche, daß die Kollegenliste ernste Disziplin halten und eine geschlossene Einheitsfront bilden möge. Nur dann sei es möglich, zu Erfolgen zu kommen. Die Berichte aus dem Bezirksmitgliedschaften boten ein interessantes Bild. Sind die Arbeitsverhältnisse fast durchweg gut, so ist doch namentlich in den kleinen Druckereien noch viel Arbeit erforderlich, um zu gebundenen tariflichen Verhältnissen zu gelangen. Der neugegründeten Lehrlingsabteilung haben sich die Lehrlinge fast reiflos angeschlossen. Ihr Vorsitzender ist Kollege Slemann (Osabrück). Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die fast vierstündigen Verhandlungen. — Nachmittags beschäftigten sodann die Maschinenlehre eine Ideal-Maschine sowie einen neuen Typograph der Firma Scholten. Für das Entgegenkommen der Firma sei auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) Aus unserm Ortsvereinsleben der letzten Zeit sei hier kurz das Wichtigste erwähnt. Im dritten Quartal fanden zwei Monatsversammlungen, eine Bezirksversammlung und eine außerordentliche Ortsvereinsversammlung statt. Es ist zu bedauern, daß die Versammlungen zum großen Teil recht schwach besucht waren. Einzelne Kollegen halten es nicht für nötig, ihre Pflichten als Mitglieder des Ortsvereins in dieser Weise zu erfüllen. Inner Monatsfrist, das am 26. Juni stattfand, verlief in kollegialer Weise, jeder Besucher ist auf seine Rechnung gekommen. Auch den Kindern konnte eine Freude bereitet werden. — In der Monatsversammlung am 29. Juni referierte Kollege Hermann Kotte (Berlin), der uns einen Bericht über unsre letzte Generalversammlung in Nürnberg gab. Die Versammlung hatte eigentlich vom Vortragenden etwas anderes erwartet. Das ganze Referat war parteipolitisch aufgebaut. Trotzdem war es nicht der Stoffe von der Generalversammlung. — In der Versammlung am 16. Juli erstatteten die Kollegen Kungemann und Gieschner einen Bericht von der Bezirkslehrlingskonferenz in Halle. Die Konferenz war ein Spiegelbild unserer Generalversammlung. Man war sich darüber einig, daß der Weg, welchen unser Verbandsvorstand eingeschlagen hat, doch wohl der richtige sei. Die Kollegen des Ortsvereins Magdeburg können es nicht verstehen, da doch Magdeburg der größte Druckort im Gau ist, daß bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung keiner von ihnen gewählt ist. — Im Monat September war der Vorstand gezwungen, zwei Versammlungen einzuberufen. In der ersten Versammlung wurde über die Lehrlingsordnung, Arbeitsordnung und vor allen Dingen über unsre Arbeitslosen gesprochen. Bis jetzt sind an Unterhaltungen für Arbeitslose rund 11 000 M. vorausgelegt worden, welche bisher immer noch aus Ortsvereinsmitteln gedeckt wurden, so daß an einen Ortsbeitrag für unsre Arbeitslosen noch nicht gedacht werden braucht. Drei, glücklichweise keine Druckereien wurden von der Zeit verschlungen und stellten ihren Betrieb ein. Die zweite Versammlung war eine außerordentliche, zu

Die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution

Nachdem jetzt zwei Jahre seit Ausbruch der Revolution verstrichen sind und immer noch Einwendungen gemacht werden, als wenn inzwischen für die Arbeiter gar nichts geschehen sei, dürfte es sich lohnen, zum heutigen Revolutionsgedenktage einen kurzen Überblick über die während der Revolution erlassenen sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen zu geben.

1. **Soziales Recht.** Eine Verordnung am 22. November 1918 brachte eine Ausdehnung der Krankenversicherung und der Versicherungsberechtigung, eine solche vom 23. Dezember 1918 traf Bestimmungen über die Sicherung der ärztlichen Versorgung und die vom 13. Januar 1919 befaßte sich mit der Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen überhaupt. Eine Verordnung vom 3. Februar 1919 beauftragte dann eine Reihe bisher zulässiger Befreiungen von der Versicherungspflicht und kam hauptsächlich den nur teilweise Erwerbsfähigen, den Dienstboten und Landarbeitern zugute. Durch Verordnung vom 5. Februar 1919 wurden ungünstige Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bei der Wahl des Krankenkassenvorstandes, der Anstellung und Entlassung der Kassenbeamten und solche bei der Aufstellung der Dienstordnung beseitigt. Eine Verordnung vom 14. Dezember 1918 sah dann noch versicherungsrechtliche Wirkungen nach Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes vor und die Verordnung vom 21. Dezember 1918 über die Wochenhilfe aus Mitteln des Reiches traf Vorkehrungen, wonach Entlohnungen, die in der ersten Zeit nach der Dienstentlassung des Kriegsteilnehmers eintraten, hinsichtlich des Anspruchs auf Wochenhilfe so behandelt wurden, als wenn die Dienstleistung noch fortgesetzt werde. Mittels Verordnung vom 28. Juni 1919 wurden die Selbstverwaltung der Landfrankenstellen einschränkende Vorschriften über die Zusammensetzung des Vorstandes und Ausschusses wie bei der Berufung und Beamteneigenschaft der Kassenangestellten beseitigt. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht — bei Angestellten bis zu 15000 Mk. und die Erhöhung des Grundlohnes bis auf 24 bzw. 30 Mk. brachte uns die Verordnung vom 30. April 1920 und die Reichswochenhilfe bekamen wir mittels Gesetzes vom 26. September 1919, welches bereits unterm 30. April 1920 eine weitere Ausdehnung und entsprechende Verbesserung erfuhr. Durch Verordnung vom 2. Dezember 1918 wurde die Weitergewährung der Zulagen der Verletztenrenten aus der Unfallversicherung angeordnet, die Verordnung vom 27. November 1919 nahm gleichfalls hierzu Stellung, und die Verordnung vom 5. Mai 1920 ließ weitere Vergünstigungen für den Anspruch auf diese Zulagen vor. Mit versicherungsrechtlichen Wirkungen bei der Unfallversicherung nach Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes befaßte sich die Verordnung vom 14. Dezember 1918 und die Verordnung vom 9. Dezember 1918 sah die Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten bei Gesundheitschädigung durch Gaskampfstoffe und Nitromethan vor. Durch Verordnung vom 23. Dezember 1918 erfuhr der § 592 der RVO. eine Verbesserung und durch Verordnung vom 2. Januar 1919 sowie 12. Januar 1920 wurde der Jahresarbeitsverdienst für die Unfallentschädigung der Seeleute und durch Verordnung vom 6. August 1919 der für die landwirtschaftlichen Arbeiter erhöht. Die Weitergewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente aus der Invalidenversicherung sah die Verordnung vom 12. November 1918, über Zulagen an Altersrentner die vom 14. Dezember 1918, ferner die vom 21. August 1919 vor. Durch Gesetz vom 20. Mai 1920 erfuhr diese Zulagen eine Erhöhung und wurden gleichfalls auf die Waisen ausgedehnt. Somit war dann auch eine Beitragserhöhung verbunden. Eine Verordnung vom 14. Dezember 1918 sah dann noch die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge und Anrechnung von Ansprüchen in der Invalidenversicherung vor, und die Verordnung vom 9. Februar 1919 ließ Vergünstigungen bei den Bestimmungen über den Verlust der Anwartschaften vor. Bei den Verordnungen, die sich mit der Angestelltenversicherung befaßten, ist am wichtigsten die über Ausdehnung der Versicherungspflicht bis zu einem Einkommen von 15000 Mark vom 31. Mai 1920.

2. **Arbeitsrecht.** Eine sehr wichtige Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wurde unterm 23. Dezember 1918 erlassen, der sich Verordnungen über die Entlohnung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 und der Angestellten vom 24. Januar 1919 anschlossen. Viele Verordnungen haben inzwischen mehr oder weniger Änderungen erfahren. Verordnungen vom 28. März 1919, 1. Dezember 1919 und 25. April 1920 befaßten sich dann mit der Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung und eine solche vom 5. Mai 1920 mit der Errichtung eines Reichsamts für Arbeitsvermittlung. Eine vorläufige Landarbeitsordnung brachte die Verordnung vom 24. Januar 1919, und die Verordnungen vom 16. März 1919 und

25. März 1920 trafen bezüglich Behebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft Vorkehrungen. Die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau ordneten Verordnungen vom 18. Januar und 8. Februar 1919 an. Die Errichtung von Fachauschüssen für die Hausarbeit regeln die Verordnungen vom 13. Januar und 29. Dezember 1919. Die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der Angestellten, der Bäcker und Konditoren erfolgte durch Verordnungen vom 23. November und 17. Dezember 1918, 18. März 1919 sowie 23. November 1918. Die Entlohnung und Errichtung von Fachauschüssen im Bäckerei- und Konditoreigewerbe regelt eine Verordnung vom 2. Dezember 1918 und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken eine solche vom 5. Februar 1919. Mit der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft wurden nach Beendigung des Krieges im Kriegsamte vorbereitete Richtlinien herausgegeben. Mit der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glasfabriken, Glassechletereien usw. befaßte sich eine Verordnung vom 31. Januar 1920 und am 15. Januar 1920 wurde noch ein Gesetz über weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften erlassen. Die Erwerbslosenfürsorge bekamen wir durch Verordnung vom 13. November 1918, der eine ganze Anzahl Ergänzungsverordnungen gefolgt sind. In ursächlichem Zusammenhange damit standen die Verordnungen vom 9. Dezember 1918 über Arbeitsnachweise und vom 17. Februar 1919 über die Meldepflicht des Bedarfs an Arbeitskräften. Die Verordnung vom 12. Mai 1920 brachte den weiblichen Personen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen, ebenfalls wurde das Alter für die Wahlberechtigung von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt usw. Durch Gesetz vom 4. Juni 1920 erfolgte dann noch eine Erhöhung der Gebühren in Patentfachen.

3. **Bürgerliches Recht.** Die Neuregelung der Lohnpändung sahen die Verordnungen vom 22. Juni 1919 und 10. August 1920 vor, die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer darf nach Verordnungen vom 12. Dezember 1919 und 15. Juni 1920 nur nach erfolgter Genehmigung des Gerichts erfolgen. Während des Krieges erfuhr die Verjährungsfrist eine Verlängerung und die letzte diesbezügliche Verordnung vom 26. November 1919 dehnt diese Verlängerung bis 31. Dezember 1920 aus. Verordnungen vom 21. August 1919 und 22. Mai 1920 erhöhen die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen und solche vom 16. Oktober 1919 und 22. Mai 1920 legen Steuerzuschläge zu den Tagelohnen der Schöffen und Geschworenen vor. Die Verordnung vom 18. Dezember 1919 brachte den Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollziehern entsprechende Steuerzuschläge zu ihren Gebühren, und das Gesetz vom 8. April 1920 erhöhte die Zuständigkeit der Amtsgerichte bis zum Streitwert von 1200 Mk. Ein Gesetz über durch innere Unruhen verursachte Schäden bekamen wir unterm 12. Mai 1920 und Verordnungen zur Ausführung dieses Gesetzes folgten am 19. Mai und 17. September 1920 nach. Unterm 22. Juni 1919 wurde eine Verordnung zum Schutze der Mieter erlassen, am 31. Juli 1919 eine solche gegen den Wucher bei Vermittlung von Mieträumen. Eine Kleingarten- und Kleinpachordnung bekamen wir am 31. Juli 1919, eine Änderung des Personenhandelsgesetzes am 11. Juni 1919.

4. **Militär- und Kriegsebeschädigtenfürsorge.** Die Beschäftigung Schwerbeschädigter regelt die Verordnung vom 9. Januar 1919, der eine Anzahl Ergänzungen, zuletzt unterm 22. Oktober 1920, gefolgt sind. Die soziale Kriegsebeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sah die Verordnung vom 8. Februar 1919 vor, die Kosten dieser Fürsorge finden im Gesetz vom 8. Mai 1920 ihre Regelung. Steuerzuschläge zu den Militär- und Hinterbliebenenrenten sahen die Verordnungen vom 31. Dezember 1918 und 22. Februar 1919 vor, eine grundlegende Änderung der Militärverlorenen brachte dann das Reichsverordnungsgebot vom 22. Mai 1920, dem unterm 15. Mai 1920 ein Gesetz über die neuen Verlorenenbehörden folgte. Eine Änderung des Verfahrens in Militärrentensachen war bereits vorher durch Verordnungen vom 1. und 18. Februar sowie 1. März 1919 erfolgt. Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit erfolgte durch Gesetz vom 17. August 1920 und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz vom 21. August 1920.

5. **Wohn- und Siedlungswesen.** Mit der Behebung der dringendsten Wohnungsnot befaßte sich die Verordnung vom 15. Januar 1919. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel sieht das Gesetz vom 11. Mai 1919 vor. Die Verordnung vom 15. Januar 1919 regelt das Erbaurecht, die Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland die vom 29. Januar 1919 und die Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums für das Siedlungswesen die vom 21. Dezember 1918. Ein Reichs-Siedlungsgesetz bekamen wir am 11. August 1919 und ein Reichsheilmittelengesetz am 10. Mai 1920.

6. **Sozialversicherung.** Bestimmungen über die Sozialversicherung finden wir in der Reichsverfassung (Artikel 153, 156, 168). Hinzu kommt das Sozialversicherungsgesetz vom 23. März 1919, das Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919, abgeändert durch Gesetz vom 20. August 1919 und Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919, ferner das Gesetz über Regelung der Kraftwirtschaft vom 24. April 1919, dem noch Abänderungen

und Ausführungsbestimmungen — die letzte am 25. Juli 1919 — folgten. Den Abschluß bildete das Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919.

7. **Schlussbetrachtungen.** Daß das Vereins- und Verbandsrecht seiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter unterliegt, dürfte neben der Bekräftigung des Koalitionsrechts in der Reichsverfassung sowie der gesetzlichen Festlegung des Schlichtungsorgans wichtige Errungenschaften der Revolution sein. Einen großen Fortschritt bedeutet auch die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919. Neben dem Reichswahlgesetz vom 27. April 1920 und der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 verdient dann noch besondere Erwähnung das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 und die Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1920. Dieses Gesetz mit kurzen Sandbewegungen als ungenügend abzulehnen, wäre die verkehrteste Maßnahme. Daß das Gesetz bei richtiger Handhabung — wozu die Betriebsräte beitragen und — den Arbeitern doch wesentliche Rechte einräumt, dafür scheidet gerade die „Arbeitgeberzeitung“ genügend Beweise. Je enger hier die Arbeiterkraft, desto größer ihre Erfolge in der Zukunft. In Vorbereitung ist nun noch die Reform des Arbeitsrechts, des Schlichtungswesens, Schaffung besonderer Arbeitsgerichte, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Reform der Sozialgesetzgebung, des Strafrechts usw. Hoffentlich gelingt es auch hier, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragende Reformen durchzuführen.

Hamburg.

M. Goldenberg.

Wohnungsfragen

Vorschläge zur Vinderung der Wohnungsnot

Im Reichstage wandte sich kürzlich der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Müller gegen den Wucher und die Korruption im Wohnungswesen und machte bei dieser Gelegenheit unter steigender Unruhe des Hauses die Mitteilung, daß in der Tiergartenstraße in Berlin seit zwei Jahren eine der Gräfin Wartensleben gehörige 24-Zimmer-Wohnung leerstehe, weil es der Besitzerin, die außerhalb Berlins auf einem Gute lebt, gelungen ist, sich der Beschlagnahme zu entziehen. Angesichts des gegenwärtig herrschenden Wohnungselends, in einer Zeit, in der Hunderttausende vergeblich nach einer Unterkunft suchen, sollte man einen derartigen Fall allerdings für ausgeschlossen halten; man kann doch auch keinesfalls annehmen, daß die Behörden nicht auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht worden wären. Auf der anderen Seite ist man jedoch rechtlich bemüht, die Not nach Möglichkeit zu lindern. Das palastartige Geschäftshaus der Deutschen Erdöl-W.G. in Berlin soll durch Umbau zu Wohnzwecken eingestrichelt werden; dadurch werden 400 neue Wohnungen geschaffen. Auf ähnliche Weise könnte unzweifelhaft noch vieles geschehen; allerdings werden neuerbaute oder umgebaute Wohnräume in Anbetracht der ins Unermessliche gestiegenen Preise für Baumaterialien dementgegen teuer, daß sie von einem gewöhnlichen Arbeiter unter den gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsverhältnissen nicht gemietet werden können. Aber nicht nur der Mangel an Wohnungen, sondern auch der Verfall der Mietshäuser, die Unterlassung der notwendigen Reparaturen leitens der Hausbesitzer hat zur Steigerung des Wohnungselends beigetragen.

Unter dem Titel: „Die Entlohnung des künftigen Hausbesitzers“ befindet sich in dem kürzlich erschienenen Oktoberhefte der „Sozialistischen Monatshefte“ ein von Ludwig Duesel verfaßter, sehr beachtenswerter Artikel, der in Anbetracht der gegenwärtigen Sozialisierungsbestrebungen von hervorragender Bedeutung ist und in welchem auch praktische und durchführbare Vorschläge für die Vinderung der Wohnungsnot aufgezählt sind. Der Verfasser tritt für unbedingte Sozialisierung des Wohnungswesens ein, denn der Kapitalismus kann nach seiner Meinung die Wohnungsnot nur beseitigen und den Verfall der Wohnungen nur verhindern, wenn die Mieter a. B. für eine einfache Dreizimmerwohnung auf 4000—6000 Mk. gesteuert würden. Durch eine derartige Steuererhöhung würde sich aber eine Erhöhung der Löhne aller Arbeiter und Angestellten um etwa 5000 Mk. pro Jahr als nötig erweisen. Der Verfasser meint, eine derartige Erhöhung, die etwa 30 Proz. von wegen erhöhter Mieten betragen würde, könne unsere Industrie nicht ertragen; er rechnet aber bei dieser Gelegenheit den Arbeitgebern vor, daß ihnen durch den gegenwärtigen niedrigen Mietpreis gewissermaßen eine Prämie gewährt werde, denn in der Vorbereitungszeit befrug die Miete etwa ein Fünftel des Jahresverdienstes, während sie zur Zeit ungefähr ein Hundstundzwanzigstel ausmacht. Die Arbeitgeber müßten eigentlich so viel Lohn zahlen, daß auch die Mieter entsprechend der Entwertung des deutschen Geldes hätten steigen können. Aus diesen Gründen heraus kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß wir zum kapitalistischen System nicht zurückkehren können; die Reg.

lung der Mieten müsse den Einigungsämtern vorbehalten bleiben.

Um nun Mittel für Wohnungsbau und Wohnungserneuerung zu beschaffen, schlägt Quessel vor, daß der reiche Mann, der heute 1000 Mk. Miete zahlt, also verhältnismäßig billig wohnt, verpflichtet werde, entsprechend der Entwertung seines Geldes 10000 Mk. zu zahlen. Der Unterschied soll als Steuer erhoben werden. Wahrscheinlich, so folgert der Verfasser des Aufsatzes, würden die reichen Mieter durch diese Steuern veranlaßt, sich selbst Käufer zu bauen, und die ärmeren Leute könnten dadurch freizewerbende Wohnungen beziehen.

Ein anderer Vorschlag geht dahin, allen Industriefirmen und landwirtschaftlichen Betrieben, die einen höheren Reinerwerb als 5 Proz. aufweisen, eine progressive Mietssteuer aufzuerlegen. Mit Recht erblickt Quessel die Berechtigung einer derartigen Steuer darin, daß ein Reinerwerb von über 5 Proz. darauf zurückzuführen ist, daß der Arbeitgeber den Angestellten und Arbeitern nicht den Lohn bezahlt, den er bezahlen müßte, wenn die Mietpreise höhere wären. Dieser Vorschlag erscheint als gerecht und ausföhrlich, da in diesem Falle nicht die Industrie im allgemeinen, wohl aber die übermäßigen Gewinne der Arbeitgeber befaßt würden, und die in Betracht kommenden Summen könnten der Allgemeinheit zugute verwendet werden.

Schließlich empfiehlt der Verfasser eine „sinnvolle, vom sozialistischen Geist erfüllte Planwirtschaft, die die Instandhaltung und Vermehrung der Wohnräume unter Aufsicht der durch den Kriegszustandismus de facto vollzogenen Expropriation und Entrechtung der Vermieter als oberstes Ziel hat“.

Wohnungsfragen auf dem Parteitag der SPD.

Auf Grund zahlreich eingegangener Anträge hat sich der Parteitag der SPD. in Kassel eingehend mit der gegenwärtig bestehenden Wohnungsnot befaßt und erklärt, schnelle und entschlossene Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten. Es wurde eine Sonderkommission eingesetzt, die sofort Anträge an die Gesetzgebung auszubearbeiten und die Bewegung für die Wohnungsreform zu fördern hat. Obgleich die Debatte zu diesem Punkte der Tagesordnung durch einen Schlußantrag wesentlich abgekurzt wurde, war sie doch sehr wertvoll, und das von Paul Sirich geführte Referat zeugte von einem tiefen Eindringen in die Materie. Der lebhafteste Beifall des Parteitags bewies denn auch das volle Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Die Ursachen des Wohnungselends, das nach seiner Ansicht unsere Jugend zugrunde zu richten und weite Kreise des deutschen Volkes zu einem barbarischen Dasein zu verdammen droht, sieht Sirich in erster Linie in der Spekulation mit Grund und Boden, wozu naturgemäß die ins Auge faßbare Versteigerungskosten kommen. Dem unbilligen Vorwurfe, daß die Steigerung der Röhne auf allen Gebieten die Preise in die Höhe treiben, begnügt der Referent mit der Feststellung, daß die Bauarbeiterlöhne, die vor dem Krieg etwa die Hälfte der gesamten Baukosten betragen, zur Zeit nur ein Drittel ausmachen. Das Reich, zu dessen Aufgaben die positive Wohnungspolitik gehöre, habe verfügt und die Hauptarbeit den Einzelstaaten aufgelegt, die ihrerseits zu spät eingegriffen haben. Besonders der preussischen Regierung warf der Referent vor, daß sie nicht schon im Jahre 1916 auf die diesbezüglichen Forderungen der Sozialdemokratie eingegangen ist. Im Jahre 1918 seien dann allerdings mit Hilfe der Abfertigungszuschüsse des Reiches etwa 70000 Wohnungen hergestellt worden; seitdem gibt das Reich Baudarlehen. Die Reichszuschüsse seien bisher gänzlich unzureichend und die Deckungsfrage bleibe außerdem ungelöst. Siedlungsgebiet und Heimstättengebot könnten nicht ausgeführt werden; die Mieterschutzverordnung sowie die Kleinwohnungsämter bezeichnete der Redner als einen schwachen Notbehelf, ebenso die Wohnungsmangelverordnung. Die geplante Mietssteuer, die vom Referenten als ungerecht und antizipal bezeichnet wurde, solle den minimal zu nennenden Betrag von 15.0 Millionen einbringen, der halb für das Reich, halb für die Gemeinde gedacht ist. Keinesfalls dürfe die Allgemeinheit die Kosten aufbringen, wenn die Neubauten im Privatbesitz gelassen werden sollen. Mit einer erheblichen Steigerung der Mieten im Laufe der Zeit müsse man sich, so meint der Referent, abzufinden wissen; aber die gestiegenen Mieteinnahmen dürften nicht dem Privatkapital, sondern müssten den Verwaltungskörperlichkeiten öffentlichen Rechts zugute kommen. Die Förderung des Wohnungsbaues sei nur auf gemeinschaftlicher Grundlage in Verbindung mit einer großzügigen Sozialisierungspolitik möglich.

Der Korreferent Engler (Freiburg) bezeichnete eine richtige Bodenreform als die wesentlichste Voraussetzung einer Wohnungsreform. Er glaubt jedoch weder an die Möglichkeit der Wiederbesetzung des privaten Wohnungsbaues noch an die allgemeine Kommunalisierung. Die heutigen Stadtverwaltungen seien gar nicht in der Lage, Wohnungsbau und Wohnungsverwaltung auf sich zu nehmen; die Hauptarbeit weist er den Genossenschaften zu. Wenn es gelungen wäre, führte der Korreferent aus, die gestiegenen Erträge der Häuser und des Bodens im Laufe der letzten fünfzig Jahre für die Allgemeinheit sicherzustellen, so hätte das zur Deckung sämtlicher Steuerbedürfnisse gereicht. Die Verlastung des deutschen Volkes durch den Privatgrundbesitz sei größer als die Last des Verfallenen Friedens, und sie könne unauflöflich. Mehrleistungen der Mieter müßten diesen auch wieder zugute kommen. Nur ein geringer Bruchteil der Bevölkerung interessiere sich für die Wohnungsfrage, und dies sei der Grund, weshalb die Genossenschaften bisher verlagert hätten. Die Arbeiter

würden sich zuviel auf die Gesetzgebung verlassen und selbst nichts tun. Durch den Fortschritt der Baugenossenschaften würden wir zum Ziele gelangen, auf andre Weise könne auf diesem Gebiete nicht sozialisiert werden. Redner verlangt, daß möglichst viele Menschen außerhalb der Großstädte angesiedelt werden; die Sozialisierung müsse alle Mietshäuser und einen Teil der Einzelhäuser umfassen; die Übernahme soll nach dem Werte von 1914 erfolgen. Die Mieten sollen so festgelegt werden, daß die Schulden getilgt werden. Ein Wohnungshalter müsse aufgenommen werden, das alle Wohnungen genau festlegt. Um genügend Geld für Neubauten zu erlangen, meint Engler, dürfe man vor einer starken Steigerung der Mieten nicht zurückschrecken; diese seien zu ertragen, denn unsere Nachkommen hätten dadurch die Aussicht, auf freiem Boden in schuldenfreien Häusern zu wohnen, während wir bei privatwirtschaftlicher Entwicklung noch teurere Mieten und keinen Vorteil hätten. Auch das landwirtschaftliche Siedlungswesen sei auf ähnliche Weise zu fördern. Die Sozialisierung der Baustofffabriken bezeichnete der Korreferent im Interesse der Produktion als unumgänglich. Wenn wir zu einer geregelten Bedarfsdeckung kommen wollen, müßten die Verbraucher die Produktion in die Hand nehmen. Unter Umständen müßte die Wohnungsfrage sogar zur Wahl- und Kampfpole gemacht werden; dadurch werde auch die Einheit der Arbeiterklasse gefördert. Mit den Worten: „Wir müssen dem Bunde der kapitalistischen Nutznießer einen Vorstoß der Wohnungs- und Bodensozialisierung entgegenstellen“, schloß der Redner unter Zustimmung des Parteitags.

In der Aussprache wurde unter anderem empfohlen, die Wohnungssteuer nicht abzuschaffen, sondern derartig umzugestalten, daß den Baugenossenschaften Gelder aus dieser Steuer zufließen. Die Entgelte solle auch die zurückerhaltenen Privatbauten erhalten, deren Inhaber oft dreimal vierfache Wohnungseigenheit haben. Große Wohnungen müßten richtigerweise geteilt, die leeren Schlöfser und Kasernen zu Erholungsheimen für proletarische Kinder umgestaltet werden. Im übrigen stellten sich die Diskussionredner auf den Boden der Ausführungen des Referenten.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswertes Beispiel. In Eberfeld gewährt die „Freie Presse“ (Mollenbutz & Co.) ihrem gelangenen technischen Personal eine einmalige Wirtschaftsbefehle von 300 bzw. 200 Mk.

Zur Vergebung behördlicher Druckaufträge. In Würzburg wurden alle fählichen Behörden durch den Bürgermeister angewiesen, ihre Druckaufträge an eine parteilich zusammengesetzte Verteilungskommission des dortigen Buchdruckgewerbes zu übermitteln, die die Verteilung der anfallenden Arbeiten an die einzelnen Druckereien vornehmen wird. Berücksichtigt werden nur tariffreie Druckereien. Die Gebührenschaft ist in der betreffenden Kommission durch Kollegen Schumacher vertreten.

„Münchner Gebrauchsgraphik“ im Deutschen Buchgewerbehaus. Im Deutschen Buchgewerbehaus, Leipzig, Dolgstraße 1, ist die Ausstellung „Münchner Gebrauchsgraphik“ eröffnet worden. Die Ausstellung ist vom Bunde Deutscher Gebrauchsgraphiker, Landesgruppe Bayern, zusammengestellt worden. Es werden fast alle Gebiete der Gebrauchsgraphik gezeigt. Infolge des verspäteten Einganges des Materials konnte die Ausstellung erst jetzt eröffnet werden. Kostenloser Eintritt, geöffnet von 10 bis 4 Uhr.

Neue Steuerungsulagen im Steindruck-, Chemigraphie- und Kupferdruck- sowie Lichtdruckgewerbe. Seit Mitte Juli fordern die Chemigraphen und Kupferdrucker und die Lichtdrucker eine Erhöhung ihrer Löhne, die trotz aller bisher geföhrten Verhandlungen in den zuständigen Tarifämtern wie in den Tarifausschüssen nicht zu erreichen war. Es war auf diesem Wege nicht möglich, den bisher geltenden Mindestlohn für alle über 24 Jahre alten Chemigraphen und Kupferdrucker von 199 Mk. in der Woche und den für alle über 24 Jahre alten Lichtdrucker geltenden Mindestlohn von 220 Mk. in der Woche zu erhöhen. Da alle tariflich vorgelegenen Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, außerdem auch ein Streik in Frankfurt a. M. keinen allgemeinen Erfolg brachte, wurde beschloffen, das Reichsarbeitsministerium um Einsetzung eines Schiedsgerichts zu ersuchen. Inzwischen waren auch die für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe geltenden Lohnvereinbarungen abgelaufen und es kam zu neuen Verhandlungen am 27. September. Es wurde eine Erhöhung der Röhne um 30 Mk. in der Woche gefordert. Auch diese Verhandlungen der Vertragsparteien verliefen ergebnislos. Wohl erklärten sich die Unternehmer des Steindruckgewerbes bereit, einen Zuschuß bei Kurzarbeit zu zahlen, jedoch eine allgemeine Steuerungsulage lehnten sie rundweg ab. Angefichts dieser Sachlage wurde auch im Steindruckgewerbe beschloffen, das Reichsarbeitsministerium erneut um Einsetzung eines Schiedsgerichts zu ersuchen. Beantwortet wurde, über die einzelnen Verule getrennt zu beraten, jedoch das Schiedsgericht über alle drei Streikfronten einheitlich zu gestalten. Die Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte fanden am 16. Oktober statt. Ein vom Schiedsgerichte nach Anhören beider Parteien gemachter Vorschlag, eine Einigung herbeizuföhren, scheiterte. Nach rund siebenwöchiger Verhandlung der Parteien und Beratung des Schiedsgerichts wurde nachstehender Schiedspruch gefaßt: Steindruck: 1. Jeder Verbeirale oder einen eignen Haushalt föhrende erhält einen Zuschlag auf seinen bisher bezogenen Gesamt-

lohn in Höhe von wöchentlich 15 Mk. Bei Kurzarbeit wird diese Zulage anteilmäßig gekürzt. 2. Jede Zulage ist zahlbar vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1920. Seit dem 1. September 1920 gewährte Lohn- oder Steuerungsulagen können auf obige Zulage in Anrechnung gebracht werden. 3. Dieser Schiedspruch gilt bis zum 31. Dezember 1920. Chemigraphie und Kupferdruck: 1. Wie beim Steindruck bis 15 Mk. Dann weiter: bis zur anderseitigen Regelung der Steuerungsulage für die Kurzarbeiter, wie sie von den Parteien in Aussicht genommen ist, erhalten Kurzarbeiter diese Zulage nicht. 2. und 3. wie beim Steindruck. Lichtdruck: 1. Jeder Verbeirale oder einen eignen Haushalt föhrende erhält, wenn er im Farbenlichtdruck beschäftigt ist, 15 Mk. Zuschlag auf seinen bisherigen bezogenen Gesamtlohn. Bei Kurzarbeit usw. wie beim Steindruck. 2. und 3. wie beim Steindruck. Nach Bekanntgabe der Schiedsprüche zogen sich die Unternehmer zurück und erklärten nach erfolgter Beratung, trotz der überaus schweren Belastung des Gewerbes durch die Schiedsprüche die Durchführung den Unternehmern dringend empfehlen zu wollen. Eine gleiche Erklärung wurde von den Vertretern der Gehilfen abgegeben, obwohl der Schiedspruch die geringen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt.

Unternehmerfurcht vor Aufhebung der privatrechtlichen Proffkquellen. Der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien (Vp) hat kürzlich ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen, worin gegen die Ausfüllung von Fragebogen, die durch die Betriebsräte auf Verlangen der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vfa ausgefüllt werden sollen, mächtig Sturm gelaufen wird. Die Herren befürchten in der Ausfüllung dieser Fragebogen die Begünstigung einer Industriespionage durch die Enterte, und leben darin außerdem noch die Gefahr des Verrats wichtiger Betriebsgeheimnisse. Flugs haben sie auch einen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes (§ 71) gefunden, der ihnen nach ihrer Auffassung das Recht zu geben scheint, die Ausfüllung solcher Fragebogen als Vertrauensbruch oder Verstoß gegen die Schweigepflicht der Betriebsräte zu charakterisieren. Demgegenüber ist zu bemerken, daß trotzdem die Betriebsräte alle Kraft daran setzen müssen, die Fragebogen so gut als möglich auszufüllen, denn sie sind notwendig, um die Arbeiterchaft nach Fachgruppen organisieren zu können. Daß die Arbeiterchaft hier auf dem richtigen Wege ist, daß sie die Unternehmer bei der „Schlüsselserie“ packt, beweisen ja klar die „vertraulichen“ Rundschreiben. Deswegen muß ohne Rücksicht auf alle Drohungen vorgegangen werden, da in den Fragebogen gar nichts enthalten ist, was das Geschäftsgeheimnis verletzt. Der Einwand, daß die Fragebogen der Auslandsespionage dienen können, ist eitel Spiegelscheiter. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß der Ausländer, der sich über die Betriebe unterrichten will, mit Hilfe seiner Bankverbindungen und auf ungestohlenen andern Wegen es viel leichter kann, als über die Arbeiter, die ja nur über Vorgänge in ihrer aller nächsten Umgebung, und dort auch meistens schlecht informiert sind. Bezüglich des von den Unternehmern vorgeschobenen § 71 des Betriebsrätegesetzes sei noch bemerkt, daß dieser dem Unternehmer ausdrücklich die Pflicht auferlegt, dem Betriebsrat Auskunft über die Verhältnisse des Betriebes zu geben. Die Pflicht zur Auskunftserteilung kann doch nur § 71 haben, wenn sie die Arbeiterchaft in die Lage versetzt, auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse ihre Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu treffen, ohne diejenigen der Allgemeinheit zu schädigen. Diese Aufgabe fällt aber, wie das BKS. ausdrücklich hervorhebt, den Gewerkschaften zu. Die im § 71 vorgelebene Schweigepflicht kann unmöglich so verstanden werden, daß der Arbeitgeber einfach zu erklären braucht: Der Bericht ist vertraulich und der Betriebsrat muß den Bericht für sich behalten. Zunächst bezieht sich die Schweigepflicht nur auf wirkliche Geschäftsgeheimnisse und nicht, wenn der Arbeitgeber die Mitteilungen zu solchen macht. Die Weitergabe des Berichts an die Gewerkschaftsleitung stellt unfres Trachtens keine Verletzung der Schweigepflicht dar, weil die Gewerkschaften ja dadurch im Gegensatz zu den Betriebsräten gebracht wurden. Das Gesetz will aber das Gegenteil. Wäre die in den beiden Zeitungen vertretene Ansicht richtig, würde der § 71 des Betriebsrätegesetzes das Gesetz unwirksam machen. Das ist aber nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen.

Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks. Aber die Abstimmung der englischen Bergarbeiter liegen jetzt genaue Zahlen vor. Und zwar wurden 338045 Stimmen für die Annahme der in der vergangenen Woche getroffenen Vereinbarungen und 346000 Stimmen dagegen abgegeben. Da nach den Bestimmungen des Bergarbeiterverbandes eine Zweidrittelmehrheit für den Zustand vorhanden sein muß, um ihn fortzusetzen, ist der Bergarbeiterstreik für beendet erklärt und den Vergleichen geraten worden, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Diesen Rat haben die Bergarbeiter befolgt. Sie hehren den Vorschlag ihrer Führer entsetzend zur Arbeit zurück. Da wir die Ursachen, den Verlauf und Erfolg dieses großen Kampfes schon unter „Gewerkschaftsrevue“ in Nr. 124 eingehend gewürdigt haben, bleibt uns hier nur übrig, festzustellen, daß der Streik etwa 14 Tage gedauert hat. Der Verlust an Achtenförderung betrug 14 Millionen Tonnen, die Bergarbeitergewerkschaft hat 2 Millionen Pfund Sterling an Streikunterstützung bezahlt, während die streikenden Bergarbeiter einen Lohnverlust von 15 Millionen Pfund Sterling als Opfer für diese große und erfolgreiche Bewegung auf sich genommen haben.